

Zur Zeit verhandeln die beauftragten Kommissare und Minister, im Rahmen der GATS-Verhandlungen, über die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen.

Dabei bleibt die vor kurzem in den Mitgliedstaaten abgelaufene, heftige Kontroverse, gerade um die Bestimmungen zu den öffentlichen Dienstleistungen im neuen Verfassungsvertrag, scheinbar unberücksichtigt. Auch die allgemeine Ablehnung der Bolkestein – Dienstleistungsrichtlinie spielt offensichtlich keine Rolle.

Die historische Erklärung für diese Entwicklung ist wie folgt:

Im November 2001 haben die Industriestaaten, allen voran die EU und die USA, bei der Versammlung der WHO in Doha erreicht, dass eine Verhandlungsrunde zu internationalen Handelsbeziehungen beschlossen wurde. Nach dem vorherigen Fehlschlag in Seattle wurde dieser Erfolg, kurz nach dem Terroranschlag des 11.

September, durch die Wirtschaftsminister der USA Robert Zoellick und Frankreichs Bernard Lamy, mit dem Argument errungen, ein Erfolg der Verhandlungen würde zum Kampf gegen den Terror beitragen. Somit hätte ein Blokieren des Abkommens bedeutet, dass man den Terror unterstützt, und also wollte keine Delegation eines Entwicklungslandes sich diesem Vorwurf aussetzen.

Seitdem laufen nun also die Verhandlungen, zum Teil in kleinen informellen Ministertreffen, und insbesondere im Bereich der Dienstleistungen auf eine sehr wenig transparente Art und Weise.

Ich erinnere an den lobenswerten, Anfang des Jahres in diesem Hause, von der Mehrheit eingebrachten Resolutionsvorschlag in Bezug auf die Gefahr einer Liberalisierung des Wassersektors. Diesen Resolutionsvorschlag hatte die VIVANT- Fraktion mit voller Überzeugung unterstützt. Nachdem aber die Ausschussmitglieder die gesamte Tragweite des Themenbereiches erfasst hatten, wurde der Vorschlag dann, wie bekannt, zurückgestellt.

Mit dieser Interpellation bittet die VIVANT- Fraktion die Regierung und die Mehrheitsfraktionen zur Stellungnahme in dieser, für die Menschen in der DG, äußerst bedeutenden Frage.
Wie ist der Stand der Dinge, und welches Vorgehen ist von Seiten der Mehrheit geplant?

Ferner regt die VIVANT- Fraktion an, dass die Mitglieder der Regierung jede Möglichkeit nutzen, um für eine Neuverhandlung der GATS- Runde einzutreten, damit vor allem die öffentlichen Dienstleistungen klar definiert werden und damit beschlossen wird, letztere aus jedwedem Handelsabkommen auszuklammern.

Es handelt sich hierbei ganz konkret um die Bereiche Gesundheit, Unterricht, Ausbildung, und Kultur (inklusive dem audio-visuellen Bereich), sowie um den Bereich der Umwelt inklusive der Wasserwirtschaft.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die öffentliche Hand nicht gewisse Arbeiten und Aufträge an Firmen seiner Wahl vergibt. Aber das Verfügungs- und Bestimmungsrecht muss bei der, den Menschen Rechenschaft schuldenden Öffentlichen hand verbleiben. Genau das will aber die WHO verändern.

Für die VIVANT- Fraktion
Dr. J. Meyer